

WER KRIEG SÄT – ERNTET CHAOS, NOT UND ELEND

Jürgen Todenhöfer¹

1. Wir wollen, dass kein Mensch mehr vor Kriegen flüchten muss, deshalb müssen wir zuerst die Ursachen und die Profiteure von Kriegen eindeutig benennen. Im Manifest der Zimmerwalder Konferenz werden die **sichtbaren Auswirkungen** des 1. Weltkrieges und seiner Ursachen sehr klar und mit hoher – fast zeitloser – Gültigkeit für heutige bewaffnete Konflikte treffend benannt:

„Der Krieg, der dieses Chaos erzeugte, ist die Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren...“²

Zur aktuellen politischen Situation und deren Ursachen äußert sich immer wieder Papst Franziskus:

„Ich glaube, wir sind in einem Weltwirtschaftssystem, das nicht gut ist... Wir haben das Geld in den Mittelpunkt gestellt, den Geldgott. Wir sind in den Götzendienst des Geldes verfallen... Wir schließen eine ganze Generation aus, um ein Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten, das nicht mehr zu ertragen ist. Ein System, das Krieg führen muss, um zu überleben... Aber weil man keinen Dritten Weltkrieg führen kann, führt man eben regionale Kriege. Und was bedeutet das? Dass Waffen produziert und verkauft werden, und dadurch sanieren sich die großen Weltwirtschaften...“³

Aufgabe aller friedliebenden Menschen sollte es sein, immer wieder diese wahren Gründe zu nennen und sie nicht hinter blumigen Begriffen wie „Vaterlandsliebe“ oder „Vaterlandsverteidigung“ - so vor 100 Jahren in Deutschland und Europa - zu bemänteln. Heute bevorzugen die Kriegsbefürworter und Kriegsführer Begriffe wie „Kampf um Demokratie“, „Schutzverantwortung“ oder die „Durchsetzung von Menschenrechten“. Das ist ebenfalls nur eine moderne Form der Verschleierung und eine zutiefst heuchlerische Rechtfertigung von Aggression und Gewalt.

2. Um klar die Ursachen für Kriege und Flüchtlingswellen benennen zu können, sollten wir erkennen, dass die „Dämonisierung“ bzw. die „Heroisierung“ von Staaten bzw. deren Repräsentanten eine beliebte Methode zur Ablenkung von den eigentlichen Kriegszielen und deren Ursachen ist. Das Personalisieren der Konfliktgegner dient seit Jahrzehnten immer wieder dazu, rechtswidrige Gewaltanwendung vorzubereiten und zu rechtfertigen.

Todenhöfer schreibt dazu:

„...Doppelte Moral ist die Lieblings-Moral des Westens. Die so genannte „Achse des Guten“ legt an andere Kulturen stets strengere Maßstäbe an als

¹ Alle Zitate von Jürgen Todenhöfer finden sich unter www.juergentodenhoefer.de

² Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Hrsg. Horst Lademacher, Bd. 1, S.166-169, Protokolle, 1967 MOUTON

³ www.domradio.de, 13.06.2014

an sich selbst. Der „Rest der Welt“ - immerhin 90 % der Bevölkerung – wird das auf Dauer nicht hinnehmen. ...“

An anderer Stelle schreibt er:

„....westliche Waffenlieferungen und Kriege haben im Mittleren Osten einen Flüchtlings-Tsunami und hunderttausendfachen Terrorismus verursacht.....

...Der Westen muss dazu als erstes auf seine verdammt Kriege im Mittleren Osten verzichten. Und versuchen, durch ernsthafte, konkrete Verhandlungen in Syrien, im Irak, in Libyen und in Afghanistan Frieden zu schaffen.....Frieden ist möglich - siehe Irankonflikt. Die Menschen im Mittleren Osten sehnen sich danach - und nicht nach unseren Bombern, die bisher nirgendwo Frieden geschaffen haben. Im Mittleren Osten kämpft zur Zeit - mit kräftiger Unterstützung des Westens - jeder gegen jeden. Erst wenn der Westen mithilft, dieses böse Spiel zu beenden, werden die Flüchtlingsströme versiegen.“

3. Die Beendigung dieses bösen Spiels setzt die Anerkennung und das Einhalten von Regeln voraus. Im internationalen Maßstab also das Völkerrecht, die **Anerkennung der Autorität der UNO** und die **Anerkennung der Souveränität der Staaten**. Präsident PUTIN ist in seiner jüngsten Rede vor der UNO auf diese Fragen eingegangen und kommt zu dem Schluss, sollte das in Frage gestellt oder aufgegeben werden...

„ ...würde wirklich nichts mehr übrig bleiben als das Recht des Stärkeren.“

weiter führt er aus:

„Denn was ist staatliche Souveränität? Sie ist vor allem eine Frage der Freiheit, des Rechts des Menschen, jedes Volkes und jedes Staates, sein Schicksal selbst in die Hände zunehmen.“⁴

Immer wieder merken wir, dass gerade westliche Medien und Politiker sich gern über diese Prinzipien hinwegsetzen, mit Berichten über die „Bösewichte“ Putin, Gaddafi, Hussein oder Assad, uns zu manipulieren und so vom Kern der Auseinandersetzungen abzulenken suchen.

„...der Machtbesessene PUTIN kann ja die Krim nur annektiert haben....“ heißt es vielfach direkt oder indirekt. Schnell vergessen sind dann die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien., namentlich die zügige Anerkennung des Kosovo durch Großbritannien, Frankreich, die USA und dann auch Deutschland, obgleich das offensichtlich eine Verletzung des Völkerrechts darstellte, zumal die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom Juni 1999 das Kosovo nach der Nato-Intervention unter die Hoheitsgewalt der UN gestellt hatte, um die Integrität der serbischen Grenzen zu schützen. Russland hatte damals protestiert, und wohl zurecht.

⁴ W. Putin am 28.09.2015 vor der UN-Vollversammlung.

„Waren ... - Referendum, Sezession, Beitrittserklärung - völkerrechtswidrig? Nein. Schon auf den ersten Blick ungereimt ist die von der amerikanischen Regierung ausgegebene Behauptung, bereits das Referendum habe gegen das Völkerrecht verstoßen. ... Auch die Sezessionserklärung selbst verletzt keine völkerrechtliche Norm und könnte dies gar nicht. Sezessionskonflikte sind eine Angelegenheit innerstaatlichen, nicht internationalen Rechts. Diesen Status quo des Völkerrechts hat der Internationale Gerichtshof vor vier Jahren in seinem Rechtsgutachten für die UN-Generalversammlung zur Sezession des Kosovo bestätigt.“⁵

Insofern vollzog sich nach überwiegender Auffassung der **tatsächliche Ablauf des Beitritts** der Krim zu Russland eben nach diesen völkerrechtlichen Grundsätzen.⁵ **Erklärung (1)** der Unabhängigkeit durch das Krimparlament am 11. März 2014 und Beschluss, den Beitritt zur Russischen Föderation zu beantragen, sofern das für den 16. März angesetzte; Referendum den Wunsch der Bevölkerung zum Beitritt ausdrücken sollte; Referendum der Bevölkerung (3); **Antrag** der Krim (4), **Annahme** durch Rußland (5), **Beitritt** der Krim (6).

Fraglich bleibt in Debatten dennoch, ob ein Referendum mit dem Ziel eines Staatenwechsels rechtmäßig sein kann⁶, sofern die Verfassung des eigenen Staates das ausschließt. Für das Kosovo wurde dies durch den Internationalen Gerichtshof trotz der oben zitierten UN-Resolution bejaht. Für Russland nun lehnen das die oben genannten Staaten ab.

Da wird dann doch mit zweierlei Maß gemessen. Reinhard Merkel (Forschungsgebiete Rechtsphilosophie und Völkerstrafrecht) schrieb dazu in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“⁵ :

“.....Dass dabei die Rollen vertauscht sind, mag man als kühle Ironie einer Weltgeschichte verbuchen, die noch immer den Maximen der politischen Macht weit eher folgt als den Normen des Völkerrechts....

Das ist bedauerlich, aber vorderhand nicht zu ändern. Und das wäre vielleicht ein Grund, die völkerrechtliche Kirche im politischen Dorf zu lassen und immerhin rhetorisch ein wenig abzurüsten. Russland hat völkerrechtswidrig gehandelt, in mäßig dramatischem Modus und politisch keineswegs wie ein hasardierender Gangster. Der nun entstandene Zustand war für die Krim langfristig wohl ohnehin unumgänglich. Und die Form, in der er nun herbeigeführt wurde, mag bei all ihrer Unerfreulichkeit gravierendere Konflikte vermieden haben. Annexionen zwischen Staaten sind dagegen typischerweise Kriegsgründe.

Wer heute mit Blick auf die Krim so redet, verwirrt nicht nur die völkerrechtlichen Grundbegriffe, sondern mobilisiert deren Legitimationspotential auf eine gefährliche Weise. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist der Westen soeben dabei, sich für eine verfehlte Außenpolitik die Quittung einer welthistorischen Blamage zuzuziehen. Er sollte deren Kollateralschäden nicht allzu weit in die Sphäre des Völkerrechts ausdehnen.“

⁵ Nachlesbar bei R. Merkel, „Die Krim und das Völkerrecht“, F.A.Z vom 07.04.2014.

⁶ Norman Paech: Wem gehört die Krim? In: Ein Spiel mit dem Feuer (Hrsg. P. Srutynski). Papyrossa Verlag, Köln

Bei Politikern und auch in den Medien herrscht bei der Verwendung von Begriffen wie der Darstellungen von Zusammenhängen also offensichtlich reichlich Willkür. Wir erleben eine Eskalation von Fehlanwendungen bzw. eine Unbestimmtheit von Begriffen, mit dem Ziel, andere zu brandmarken, Missgunst und Ablehnung zu erzeugen, um schließlich eigene politische Aktionen (oder die der Bündnispartner) zu kaschieren (Irak, Libyen oder Afghanistan) bzw. zu rechtfertigen.

4. Was sollten wir konkret einfordern bzw. selbst tun:

- ⌚ Jeder Staat sollte gehalten sein, sich an die gemeinschaftlich beschlossenen (also das Völkerrecht) bzw. die selbst gesetzten Regeln zu halten – für die **Bundesrepublik** heißt das vor allem, das Grundgesetz als Leitfaden eigenen politischen Handelns zu beherzigen.
- ⌚ Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 in dem Konsens aller Beteiligten: *Nie wieder dürfe von deutschem Boden Krieg ausgehen*, verabschiedet. Diese Übereinstimmung hat nicht zuletzt dank der deutschen Zweistaatlichkeit über vierzig Jahre gehalten. Mit der Teilnahme am Jugoslawienkrieg wurde durch eine SPD-geführte Bundesregierung dieser Konsens nach dem 2. Weltkrieg erstmals aufgekündigt. Lassen Sie mich angesichts der jüngsten und inzwischen mehrfach erhobenen Forderungen des Bundespräsidenten Gauck⁷ nach größerer Bereitschaft Deutschlands zu Militäreinsätzen KANT⁸ zitieren:

„Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Rechte angepasst werden“.

- ⌚ Das Grundgesetz⁹ sieht keine Auslandseinsätze der Bundeswehr vor. Das sollten wir angesichts der Ziele und der Effekte, die Kriege in dieser Welt haben, immer wieder herausstellen.
- ⌚ Frieden schaffen ohne Waffen – sollte weiterhin eine für Deutschland logische politische Konsequenz sein. Gegenwärtig laufen im Deutschen Bundestag die Haushaltsdebatten. Die Ausgaben für Verteidigung haben sich im Verhältnis zum Gesamthaushalt seit 2006 wie folgt entwickelt:

	<u>Verteidigung</u>	<u>Gesamthaushalt:</u>
2006	27,9 Mrd. Euro	261,6 Mrd Euro
2016	34,4 Mrd. Euro	312,0 Mrd Euro
Steigerung:	23 %	19 %

Angesichts dieser Entwicklung sollten unsere politischen Forderungen lauten:

- ⌚ Militärausgaben drastisch reduzieren,

⁷ Spiegel-Online, 31.01.2014; DIE WELT 14.06.2014; FOCUS 16.06.2015; F.A.Z. 10.02.2015.

⁸ Immanuel Kant (1798): Im Streit der Facultäten.

⁹ s. Artikel 24, 25, 26; Artikel 115 a – f Grundgesetz; s.auch BverwG 2WD 12.04//TDG N 1 VL 24/03.

- ⌚ Der Export von Waffen und Rüstungsgütern (Schiffe, Waffen produzierende Fabriken..) sollte in Deutschland verboten werden.
- ⌚ Militärbündnisse gehören aufgelöst. Zunächst sollte vom Bundestag ein Moratorium zu deren weiterer Ausdehnung beschlossen werden.
- ⌚ Die Nachkriegsforderung: *Nie wieder dürfe von deutschem Boden Krieg ausgehen* - muss auch Nato-Stützpunkte auf deutschem Territorium umfassen (wie Ramstein und andere).
- ⌚ Im gleichen Zuge sollten wir uns dafür einsetzen, dass:
 - Es zu keiner Verschärfung des Asylrechts in Deutschland bzw. in der EU kommt.
 - Der Beitrag Deutschlands für die Entwicklungshilfe deutlich erhöht wird. Das Ziel von 0,7 % des BIP – wird immer noch nicht erreicht.
 - Menschen in ihrem Land eine Perspektive haben.
 - Menschen, die hier sind, sollten wir als Menschen aufnehmen und nicht „behandeln“. Wir wollen sie in unseren Alltag einbeziehen, mit ihnen kommunizieren, damit sie hier eine neue Lebensperspektive finden können.

Frieden hat immer zwei Aspekte:

- ⌚ Den „Frieden nach **Aussen**“ – wichtige Gesichtspunkte wurden bereits erwähnt. So bedeutsam wie der „Frieden nach Aussen“ ist aber auch der „Frieden nach **Innen**“ und die dafür wesentlichste Voraussetzung: Die soziale Gerechtigkeit.
- ⌚ Hier denke ich an den Artikel 1 des Grundgesetzes, aber auch an die Wechselwirkung zwischen dem Artikel 14 I (Freiheit des Eigentums) und dem Artikel 14 II (Sozialbindung des Eigentums). Es wäre angesichts der Lage in Deutschland nur gerecht, würde endlich der **Spitzensteuersatz wieder auf das Niveau von 1998** gesetzt, um die großen sozialen Aufgaben, vor denen der Staat steht, bewältigen zu können.
- ⌚ Dem **Verbot, Rüstungsgüter** zu exportieren, muss das Verbot ihrer Produktion im Inland vorausgehen. Die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten brauchen eine Perspektive in nichtmilitärischen Bereichen, denn derartige Verbote sollen mit Hilfe der Beschäftigten und der Gewerkschaften und nicht gegen deren Interessen umgesetzt werden. Die frei werdenden Gelder der Rüstungsindustrie, des Verteidigungshaushaltes könnten dann in die Schaffung nichtmilitärischer Arbeitsplätze fließen.
- ⌚ Der Staat und die Wirtschaft müssen dafür Sorge tragen, dass junge Menschen in **zivilen Berufen eine Perspektive** finden. Alle Menschen benötigen für ihre Entfaltung, für ihren Lebensunterhalt eine Arbeit mit gerechter Entlohnung. Flüchtlinge dürfen nicht als qualifizierte, aber unterbezahlte Arbeitskräfte eingesetzt werden. Das führt zu einer Entsolidarisierung in der Gesellschaft und schürt Ablehnung.
- ⌚ Das **Bildungswesen** ist insgesamt zu stärken, wobei der Integration aller Kinder durch kleinere Klassenverbände und der besseren Entlohnung der Pädagogen noch größeres Augenmerk geschenkt werden muss.
- ⌚ Das Projekt „**Soziale Stadt**“ mit bezahlbaren Wohnungen, vielfältigen kulturellen und sozialen Einrichtungen für alle Menschen des Landes ist zu fördern.

- ⌚ Das **Gesundheitswesen** sollte künftig für alle offen und wieder zuzahlungsfrei sein. Hier sollte der ursprüngliche Grundsatz der Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder politisch umgesetzt werden, d. h. die Arbeitgeberbeiträge (gegenwärtig bei 7,3 % eingefroren) sind wieder in gleicher Höhe wie die Beiträge der Versicherten zu entrichten.

In dem Maße, wie es nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts der Bundesrepublik Deutschland und ihren politisch Verbündeten **gelingt bzw. nicht gelingt**, dauerhaft zum äußeren und inneren Frieden mit politischen Mitteln beizutragen, wird sich die Frage nach „Zäunen“ und „Zwietracht“ bzw. „Krieg“ und „Flucht“ auf unserer Erde entweder erledigen oder immer wieder neu stellen.